

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

38 (14.2.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-453435](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-453435)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 12.50 Mark, dazu 1.50 Mark Schergerichte, bei Abholen von der Expedition 13.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 34.50 Mark, monatlich 11.50 Mark ausschließlich Postgebühren.

Republik

Preis 60 Pf.

Bei den Inserenten wird die einseitige Millimeterzelle oder deren Raum für die Inserenten in Rillendrucken-Millimetermaßen und Umgebend mit 90 Pfennig berechnet, für ausmündliche Inserenten 1.50 Mk., bei Wiederholungen entsprechend erhöht. Aussetzungen im Kleinmetriell die Millimeterzelle 4.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Dienstag, 14. Februar 1922 * Nr. 38

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265.

Zur Lage.

Am Mittwoch nachmittags 4 Uhr wird der Reichstag darüber abstimmen, ob das Kabinett Wirth bleiben oder gehen wird. Wird der von den Koalitionsparteien gestellte Vertrauensantrag abgelehnt, oder wird einer der gestellten Mißbilligungsanträge angenommen, dann muß das Kabinett gehen. Derselbe Erfolg würde eintreten, wenn eine der Regierungsparteien für einen Antrag der Opposition stimmen würde; denn täte sie das, so würde sie damit der Regierung in den Rücken fallen und sie zum Rücktritt zwingen.

Aus diesem Stand der Dinge hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Schluß gezogen, daß sie den Vertrauensantrag der Regierung annehmen und alle anderen Anträge ablehnen muß. Sie ist sich dessen bewußt, daß eine skrupellose Demagogie ein solches Verfahren zu ihren Zwecken mißbrauchen kann. Sie wird sagen: „Seht ihr, die Sozialdemokraten haben der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, nachdem sie dies und das getan hat, und sie haben Anträge abgelehnt, in denen dieses und jenes gefordert wird.“

Eine solche Demagogie kann aber nur auf Reute Eindrücke machen, die vom Weiten des parlamentarischen Systems noch keine Ahnung haben. Wenn eine Regierung die Vertrauensfrage stellt, und eine Partei diese Frage unter gleichzeitiger Ablehnung aller sonstigen hierzu gestellten Anträge bejaht, spricht sie damit nicht aus, daß die Regierung unfehlbar ist. Unfehlbar ist nur der Papst und auch der nur in Glaubensfragen der katholischen Kirche, wir anderen aber sind alle fehlbare Menschen, und die Minister sind es, auch sozialdemokratische Minister.

Wenn eine Partei nach einer entscheidenden Debatte die Erklärung billigt, die die Regierung abgegeben hat und all anderen Anträge ablehnt, so sagt sie damit nicht, daß die Regierung alles herrlich gemacht hat, und daß ihr überhaupt nichts zu kritisieren, nichts zu wünschen übrig geblieben ist. Sondern sie sagt damit nur, daß sie im gegebenen Augenblick von einer Regierungswechsel nichts Gutes erwartet, weil nach dem Sturz der gegenwärtigen Regierung nicht eine bessere, sondern ein schlechteres an ihre Stelle treten würde. Wie immer ihr Wort laut ist, die von der Opposition gestellten Anträge sagen den Sinn nach den Ministern: „Geh!“ Und der Vertrauensantrag folgt ihnen: „Bleib!“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sagt: „Bleib!“ Und es wird ihr nicht schwer sein, dieses Verhalten vor ihren Volksgenossen zu rechtfertigen. Sie kann nicht die Verantwortung übernehmen, daß das gegenwärtige Kabinett gestürzt wird. Soll das geschehen, so müssen andere dafür die Verantwortung übernehmen.

Die Kommunisten reden ihren Leuten ein, die Regierung, Wirth-Bauer-Rathenau könnte von einer rein sozialistischen Arbeiterregierung abgelöst werden. Aber gerade die Kommunisten waren es, die der Arbeiterbewegung seit mehr als drei Jahren eine Reihe schwerer Niederlagen gebracht und die sie durch Verpöhlungen unfähig gemacht haben, in diesem Augenblick die Macht zu übernehmen. Eine rein sozialistische Arbeiterregierung würde keine Mehrheit im Reichstage haben und sie würde sich eine solche, dank der zehrenden Arbeit der Kommunisten, jetzt auch bei Wahlen nicht erkämpfen können.

Was bleibt übrig? Eine Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten oder ohne Sozialdemokraten, also eine rein bürgerliche Regierung. Die Sozialdemokraten sind am 10. Mai vorigen Jahres, anlässlich des Londoner Ultimatum, in die Koalition getreten, um ein Katastrophen zu verhüten. Würden sie jetzt in eine neue Koalitionsregierung eintreten können, wenn die Unabhängigen mit der Rechten zusammenwirken, um das Kabinett Wirth zu stürzen? Ohne eine gewisse Rückbedingung nach links kann die Sozialdemokratie keine Koalitionspolitik treiben.

Es bliebe also nur eine bürgerliche Regierung unter Mitwirkung der Reichsparteien. Was wollen die Reichsparteien? Statt der Friedenspolitik Wirths Überwindung der übernommenen Verpflichtungen und Vorbereitung der Revision. Statt der Republik die Monarchie, Beilegung oder Einkürzung der demokratischen Verfassungsformung des Reiches, rückwärtslose Belastung der Verfassungen. Abkond des Reichstages, der Reichsregierung. Statt Sozialistischer Privatwirtschaft. Und bei der Realisierung des Eisenbahnerstreiks fangungslose Rode- und Vergeltungspolitik gegen die Unterlegen.

Wollte die sozialdemokratische Fraktion am Mittwoch anders handeln als sie handeln wird, so würde sie damit im Unbesseren alle diese eben beschriebenen unterstützen. In der Politik kommt es nicht darauf an, was man mit schönen Worten als fein feil verkauft, sondern darauf, was man durch feilen Handeln praktisch erreicht. Die sozialdemokratische Fraktion muß es anderen überlassen, durch heimtückisches Treiben nach Art der Unabhängigen und Kommunisten den Herren

Ungewisse Stunden.

Der „Sozialdemokratische Parlamentarierdienst“ meldet: Der Montag hat keine Festlichkeit zur Stärkung der Regierungstrifft gebracht. In der Mittagsstunde waren Wirth und Müller zum Kanzler geladen, der im Laufe des Tages auch noch mit anderen führenden Reichstagsmitgliedern nahm. Der Kanzler hat diese Abgeordneten nicht darüber im Zweifel gelassen, daß er Klarheit wünsche und deshalb eine Verklärung des Vertrauensvotums nicht zulassen werde. Und werbe er ablehnen, die Regierung zu behalten, wenn sich nur eine Mehrheit von wenigen Männern ergeben sollte.

Nachmittags tagten die Fraktionen des Zentrum und der Demokraten, ohne daß in diesen Sitzungen, die bis spät abends dauerten, bestimmte Beschlüsse gefaßt werden würden. Sie und für sich die Haltung dieser Fraktionen ist auch durch das am Sonnabend eintrudelte Vertrauensvotum klar vorgezeichnet. Die Panzerische Volkspartei, die das Bündnis an der Spitze hält, sagt erst am heutigen Dienstag früh. Sie hatte sich am Sonnabend gegen die Wirthensenden ausgesprochen: ob Dr. Heim aber Lust hat, sich als den Retter des Kabinetts Wirth hinzustellen, indem er für die Vertrauensvotumstimmen stimmt, ist nicht festzustellen. Zumindest dürfte die Zustimmung für die Panzerische Volkspartei wohl frei geblieben, und ein Teil dieser Stimmen würde dann sicher für Dr. Wirth fallen. Die ganze Lage ist also noch keineswegs geklärt und alle Berechnungen beruhen nur auf vager Grundtatsache. Aber vielleicht darf man doch annehmen, daß sich eine knappe Mehrheit für das Kabinett Wirth bilden wird, weil man sich nirgend aus nur im geringsten darüber klar ist, was man, wenn die Ablehnung des am anderen Ergebnis bräutet, an die Stelle der jetzigen Regierung setzen sollte.

Differenzen.

Auf der Konferenz der Finanzminister der Länder ist festgestellt worden, daß ein großer Teil der Gemeinden in den verschiedenen Teilen des Reiches die Verpflichtung nicht erfüllt hat, ihre Verbindungsbestimmungen nach Reichsbestimmungen abzugeben zu erfüllen. Es handelt sich dabei darum, daß Beamte und Angestellte der Gemeinden nicht angestrichelt werden dürfen. Vom 1. April 1922 ab wird die Reichsregierung von Einnahmen Reichsbeiträge zur Deckung der Verbindungsbestimmungen nur für solche Gemeinden übernehmen, welche ihre Verbindungsbestimmungen nach dem Reichsbestimmungen neu geregelt und fristgemäß den Genehmigungsbehörden vorgelegt haben.

Aus dem besetzten Gebiet.

Wolff meldet: Die im Dezember v. J. in Düsseldorf erfolgte Verhaftung einer Reihe von Männern, meist jungen

Gelehrten und Stinnes zu helfen, die dafür nicht einmal danken schon sagen, sondern einfach über die Scheinrabikalen Esel lachen würden, die so trefflich ihre Geschäfte betreiben.

Wir wünschen, daß die Zustimmung am Mittwoch so ausfallen möge, wie es zweifellos die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten will, daß sie ausfallen soll. Diese Massen halten die gegenwärtige Regierung ebensowenig für unfehlbar, wie wir es tun, aber sie wissen auch, daß wir uns den Luxus sophistischer Experimente nicht leisten können, und daß es für sie immer noch das beste ist, wenn der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit gibt, weiter im Amt zu bleiben und ihr Versprechen, bei der Liquidierung des Eisenbahnerstreiks „Gerechtigkeit und Mäßigung wahren zu lassen, zu erfüllen.

Arbeiten, daß es besser wird, verhüten, daß es schlechter wird, das betrachtet die sozialdemokratische Fraktion als ihre Aufgabe und damit ist auch ihre Stellung zu der entscheidungsschweren Abstimmung des kommenden Mittwoch gegeben.

Ein neuer Schwindel.

Die infamen Verleumdungen gegen sozialdemokratische Führer, besonders auch gegen den Reichspräsidenten, genügen der bewußten Reichsregierung nicht mehr. Frau Gert, die Reichspräsidentin, und überaus infamulose Frau des Genossen Gert, durch die deutschmonarchistischen Spionen. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Agrarerebblatt für deutsche Art, leitet sich in ihrer letzten Abendausgabe einen besonders gehässigen Anwurf. Sie behauptet, Frau Gert habe ihre private Korrespondenz durch das amtliche Bureau des Reichspräsidenten betreiben und amtlich mit Berlin versehen. Außerdem werde sie das majestätische „Wir“ am, während sonst jeder Sterbliche das einfache „Ich“ in seinem Schriftwechsel benutzen müsse.

Dem Agrarerebblatt ist von dem Leiter des Bureau des Reichspräsidenten jetzt die folgende Reichspräsidentin gegangen, die den neuesten Schwindel einfach niedriger hängt.

In der heutigen Abendausgabe ihres Blattes wird unter der Überschrift „Von der Reichspräsidentin der Frau Reichspräsidentin“ und „dem stalinistisch-moralischen“ behauptet, daß die Frau des Reichspräsidenten ihre Privatkorrespondenz unter dienstlicher Verantwortung erwidere und daß ihre Kenntniswünsche die Haftung gehabt hätte.

Frau Gert senden die besten Wünsche zum neuen Jahr. Beide Behauptungen sind unrichtig. Der Reichspräsident hat die ihm aus Anlaß des Jahreswechsels zugegangenen Glückwünsche in den Händen, wo eine Veränderung gewesen war, durch Überlegung einer Reichspräsidentin erwidert. In dem Fällen, in denen gleichzeitig aus seiner Gattin Glückwünsche ausgesprochen waren, wurden diese die Aufschrift „Gert,

Leuten, Mitglieder der sportlichen Jugendorganisation, darunter auch Schüler, durch die französische Militärbehörde, führte zu einer Anfrage der Angehörigen der Deutschen Volkspartei im Hinblick auf die Infanterie in Rillendrucken-Millimetermaßen und Umgebend mit 90 Pfennig berechnet, für ausmündliche Inserenten 1.50 Mk., bei Wiederholungen entsprechend erhöht. Aussetzungen im Kleinmetriell die Millimeterzelle 4.00 Mark.

Kraffin in Berlin.

Aus Berlin wird gemeldet: Kraffin trifft am Mittwoch in Berlin ein, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt, um sich dann nach Moskau zu begeben. Aus Moskau wird Kraffin im Besonderen der Sowjetdelegation nach Genoa reisen. In Berlin seiner Verhandlungen in London wird Kraffin in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten abhalten, die unter Beteiligung des Direktors der Sowjetbank stattfinden sollen.

Von der Kleinen Entente.

Sonab meldet aus Belgrad: Am 22. Februar treffen die Premierminister der Kleinen Entente in Belgrad ein, um eine gemeinsame politische Linie im Hinblick auf die Konferenz in Genoa festzulegen.

Vertrauensvotum für Oerter!

Wolff meldet aus Schöningen im Braunschweigischen: Die deutsche Verleumdung des Oerterers der Unabhängigen, worin Oerter eine fast dreißigjährige Reichsleiter, schließlich nach einem Bericht der Schöninger Zeitung, fast einstimmig Oerter das Vertrauen auszusprechen. Die Vertrauensstellung der Unabhängigen wurde aus dem Anlaß der Oerter zurückzunehmen. Oerter erklärte, daß er sein Amtsinhaber nicht niederlegen werde, es sei denn, daß die braunschweigischen Sozialisten ihm das Vertrauen entziehen.

Schneestürme in Serbien.

Die seit einer Woche währenden Schneefälle in Serbien und Kroatien dauern, nach einer heftigen Schneesturm, unermindert fort. Der Eisenbahnbetrieb ist vollkommen lahmgelegt. Der Post- und Telegraphendienst ist vielfach unterbrochen.

Reichspräsident“ tragenden Befuchstarien durch den schriftlichen Zusatz ergänzt, „und Frau Gert senden die besten Wünsche zum neuen Jahre“. Diese Worte wurden, da es sich um eine durch die amtliche Stellung des Reichspräsidenten herausgelassene Korrespondenz handelt, vom Bureau des Reichspräsidenten als Dienstbrief erledigt. Privatkorrespondenzen des Reichspräsidenten und seiner Gattin werden stets als Privatbriefe frankiert.

Das majestätische „Wir“ schrumpft danach zu einer einfachen bürgerlichen Mehrzahl zusammen, was jeder Schüler der letzten Volksschulklasse erkennen kann. Aus der fälschlich das „uns“ möglich, kann zu der hässlichen Bemerkung über den „stalinistisch-moralischen“ kommen. Dazu braucht man allerdings die flüchtige Bildung des deutschen Landwirtschreibers.

Zwei demokratische Stimmen.

Zur gegenwärtigen Regierungstrifft und die morgige Reichstagsabstimmung bemerkt das „Berliner Tageblatt“ am Schluß eines kürzeren Artikels:

„Hält wider aller Berechnungen die Entscheidung doch gegen das Kabinett Wirth aus, dann sind die Folgen unaussprechbar. Unserer ganzen bisherigen Außenpolitik, die in mühsamer Arbeit die Vorbedingungen für eine deutschfreundlichere internationale Atmosphäre geschaffen hatte, würde mit einem Schlage der Boden unter den Füßen fortgezogen werden. Eine übermäßige Koalitionspolitik der drei Mittelparteien würde nicht mehr in Betracht kommen, da sie sich finden als unmöglich herausgestellt hätte. Eine Einseitigkeit der Deutschen Volkspartei würde schon an dem Überhand der Sozialdemokratie scheitern. Eine Reichsregierung wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Eine Regierung der drei sozialistischen Parteien beschließen. Es bliebe also in diesem Falle nur noch der Appell an das Volk übrig, um den geschiedenen Knoten zu durchhauen. Vermutlich würde eine Präsidentenwahl dazu kommen, die „uns“ möglich, kann zu der hässlichen Bemerkung über den „stalinistisch-moralischen“ kommen. Dazu braucht man allerdings die flüchtige Bildung des deutschen Landwirtschreibers.

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Nach Lage der Dinge ist eine andere als eine Regierung der Mitte in Deutschland nicht möglich. Nicht das der befragte Horizont der Fraktionsführer nicht ein, dann muß das Land befreit werden. Die Fragen, die jetzt außerordentlich zur Entscheidung stehen, sind Lebensfragen des Volkes. Heber sie muß, wenn der Reichstag nicht lastlich zu entscheiden vermag, das Volk das letzte Wort sprechen. Wir würden es diesem befehlen, wenn Herr Wirth bis zum Mittwoch auch seinen letzten Entschluß bekannt geben würde. Den Reichstag aufzulösen, falls er ihm nicht das für Genoa erforderliche Vertrauen anspriecht. Das würde die Klarheit vollständig machen.“



Haftbetriebe keine Anwendung finden, hat das Reichsgericht in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 9. Dezember 1921 ausgesprochen.

Wieder Verträge? Die Wiederauflösung der privaten Haftanstalten für den Landesverkehr verlangt eine Eingabe des Deutschen Industrie- und Handelsklages.

Wieder Verträge? Die Wiederauflösung der privaten Haftanstalten für den Landesverkehr verlangt eine Eingabe des Deutschen Industrie- und Handelsklages.

Wieder Verträge? Die Wiederauflösung der privaten Haftanstalten für den Landesverkehr verlangt eine Eingabe des Deutschen Industrie- und Handelsklages.

Aus dem Lande.

Einwanderer. Feuerungspreise. Daß die Aufwärtsbewegung der Preise heute eine Tageserscheinung ist, daran haben wir uns gewöhnt.

Einwanderer. Feuerungspreise. Daß die Aufwärtsbewegung der Preise heute eine Tageserscheinung ist, daran haben wir uns gewöhnt.

„Friedrich-Lugwig-Dittke“... Die auf dem Metallmarkt „Unverwundbar“ beschäftigten Arbeiter haben den Schiedsgericht, der ihnen eine Lohnzulage von 65 bis 90 Pf. die Stunde bringt, angenommen.

Delinquent. Ausfall des Schulunterrichts. Wegen Mangels an Brennmaterialien bleiben die Schulen auch während dieser kalten Woche geschlossen.

Obwohl. Verfügte Brandstiftung. Verhaftet wurde der Arbeiter-Diesler, welcher als Hausmeister auf dem Staatsmoosgraben am Dunitz-Garten beschäftigt war.

Korben. Just ohne Woll! Die Insel Just ist, wie der „Ostpreussische Kurier“ mitteilt, seit Tagen ohne jede Verbindung mit dem Festlande.

Wagen. Ein Auto eingebrochen. Beim Überfahren der Reba mit einem Automobil brach die Hecke.

Leer. Die neuen Wollpreise. Der Kreisbauhof hat die neuen Woll- und Wollpreise festgesetzt.

Geiselnah. Unregelmäßiger Verkehr. Die direkte Nordsee nach den regelmäßigen Dampferverkehren des Festlandes mit Ostpreußen unmöglich.

Leer. Die neuen Wollpreise. Der Kreisbauhof hat die neuen Woll- und Wollpreise festgesetzt.

Briefkasten.

Schiffbauarbeiten. Wir möchten noch einige Fragen beantwortet haben. Vielleicht können Sie einmal in die Redaktion.

Arbeiter-Jugend Rüstingen.

Mittwoch den 15. 8 Uhr abends. Lichtbildervortrag: „Von Hitler zum Menschen“ in der Parade-Bismarckstraße.

Rüstinger Parteiangelegenheiten.

Dienstag den 14. nachmittags 4.30 Uhr. Zusammenkunft der Rinder, die für die Reigen zum Wärendabend bestimmt sind.

Wollfabrikverkauf. Zusammenkunft der Genossinnen Mittwoch abends 8 Uhr im Parteibureau.

Vertrauensmännerversammlung. Am Mittwoch den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Wertpapierschule.

Wettervorherjagen des Marine-Oberobservatoriums Wilhelmshaven.

Nachdem mäßige Winde aus westlichen Richtungen, zunehmende Bewölkung, stellenweise Regen, zunehmende Erwärmung.

Verantwortlich für Inhalt, Redaktion und den allgemeinen Teil: Josef Hilde, für Kunst und Sport: Karl Schäfer, Verlag Paul Dug; Druck Paul Dug u. Co., sämtl. in Rüstingen.

Henko Henkel's Wash-Soda Bleich-Soda. Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf. Preis: Paket 2.50 Mk.

Kammer-Lichtspiele. Der Sohn des Piraten! Sensationelle Seeräuber- und Liebesroman in 5 Akten.

Deutsche und Colosseum-Lichtspiele. Der geheimnisvolle Dolch. 6 Akte, 12. bis 15. Episode.

Apollo-Lichtspiele. Die Hakenlore, 2. Teil. Wer hat noch keine Gelegenheit gehabt?

MONOPOL. Besitzer: W. Quinting z. Fernruf 500. Donnerstag, 16. Februar: Großes Rothe-Konzert.

Bürger-Bücher. Vom Arbeiter zum Astronomen 15.50 Mk. Der Stern von Afrika 35.00 Mk.

Friedrichshof. Jedes Mittwoch, Freitag u. Sonntag: BALL! Arb.-Gesangs-Verein.

Deutscher Arbeiter-Verband. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Rosenmontag.

Zufuhr der Sternewelt. Werben und Bergehen der Welten. Wissenschaftlicher Vortrag.

Radikalmittel gegen Geschlechtsleiden! Dr. med. H. Seemann, G.m.b.H.

W.R.G. Koch. Holzriemen - Scheiben. Heinrich Eichenauer, Wilhelmshaven.

Deutscher Arbeiter-Verband. Holzarbeiter-Verband. Crefelderstr. 11.

O. I. B. 07 e. V., Wilhelmshaven. Am Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr.

Jung. Fräulein. Jung. Fräulein. Jung. Fräulein. Jung. Fräulein.

Meine Damen! Bringen Sie Ihre alten Sommerhüte jetzt zum Umkreiden nach.

Tonmeister Hof. Jeden Dienstag und Donnerstag: Großer Ball.

Lilienburg. Oft nachgemacht. Es ist kein Ersatz für das Original.

Eschall. Eschall. Eschall. Eschall. Eschall.

